

die Unorganisierten sollen eingesehen haben, daß es ihren Fabrikanen und Direktoren viel schlechter geht, als ihnen, und sie sind dahin überein gekommen, sich zu organisieren zu dem Zweck, ihre Arbeitskraft noch billiger zu verkaufen und Beiträge zu Extraktanten für notleidende Aktionäre und Fabrikbesitzer zu sammeln und an die bedürftigsten zu verteilen. Ihre Kaufkraft soll durch wohlfeile Steuererleichterungen der Unternehmer gestärkt und gefördert werden, so daß das deutsche Wirtschaftsproblem auf eine bequeme und rentable Art gelöst sein wird. Selbst die schärfsten Organisationsgegner werden durch die einfache Lösung geschlagen sein. Sollten ja noch einige Unbelehrbare übrig bleiben, so werden sie durch ellenlange Artikel in den Unternehmerratszeitschriften, geschrieben von leidenschaftlichen Doktoren und Sachverständigen, schnell vom Besseren überzeugt. Aller Streit und Kampf hat dann ein Ende. Die Juristerei wird den Ausweg aus dem Dilemma zeigen.

Also weitere Lohnkürzungen durchgeleitet; die Arbeiter um ihren verdienten Urlaub betrogen, weiter gezwängt, geschwächt, stillgelegt, aufgemacht, gedreht, gewendet, hinausgeschoben, gedreht, gedreht, schikaniert, gestritten, Prinzipien geplatzt, gedreht, verdrückt und — gewirtschaftet, die Industrie hat's ja. Ihre Führer werden das Ding schon schaukeln.

Aus all dem Durcheinander geht immer mehr hervor, daß die deutschen Unternehmer mit ihrer Wirtschaftsführung genau so verfahren werden, wie einst in der Politik. Das ist auch das einzige Kräftliche für uns Arbeiter. Das ist auch Grund genug, unserer Sache treu zu bleiben, die Arbeiter gewerkschaftlich zusammenzubringen und immer wieder wahrzunehmen. Die Zukunft gehört den Arbeitern. Mögen die Unternehmer alle Mittel anwenden zur Knebelung, mögen sie sich noch einen Trost Trauben heranziehen, unterliegen werden sie uns nicht. Die Fünftadler, die jetzt wieder in unsere Reihen geworfen werden, um zu fesseln und zu schädigen, werden eines Tages doch wieder von kraftvollen Händen genommen und voran getragen, um durch die Finsternis in helleres Land zu leuchten.

Porzellanarbeiter, nicht müde werden, merkt euch genau, was euch die Unternehmer jetzt antun, wie sie kugeln, es kommt die Zeit, wo ihr es ihnen wieder doppelt vergelten könnt. Die Industriellen wollen es so, sie haben dann mit ihren Trabanten sicher ihre Freude daran. Haltet euch dafür bereit!

Von unseren tariflichen Schiedsinstanzen.

In zunehmendem Maße verlieren die in unserem Tarifwesen zur Schlichtung und Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten vorgesehenen Schiedsinstanzen an Ansehen. In früherer Zeit haben unsere tarifvertraglichen Schiedsämter und auch das Oberschiedsamt in anerkannter Weise viel bessere und vor allem schnellere Arbeit geleistet. Sehr viel Streitfälle wurden früher einmütig, ohne daß der unparteiische Vorsitzende den Ausschlag geben mußte, gefällt. Dadurch haben diese Instanzen eine sehr bedeutende und für unser ganzes Tarifwesen wichtige Arbeit geleistet, die von vornherein als von beiden Vertragsparteien gewollt und gewünscht gewertet werden konnte. Heute ist das alles anders geworden. Den Männern der Praxis aus den Betrieben sind sogenannte Juristen als Nachfolger in die Schiedsinstanzen gefolgt. Jetzt wird Stunden, ja Tage über Vorgehensweisen, über Nebenpflichtigkeiten diskutiert, und juristische Stedenpferde werden geritten, daß es eine Lust ist. Ein Rechtsgelehrter versucht immer den anderen zu übertreffen. Nicht selten, in der Regel kann man beobachten, daß der eine ein halbes Duzend juristischer Furchelbäume nach vorwärts, der andere aber sofort ein ganzes Duzend juristischer Furchelbäume nach rückwärts schlägt. Auf solche Weise wachsen sich die Schiedsinstanzen immer mehr zu reinen Diskussionsclubs aus, die ihre eigentliche Aufgabe vermissen. Schon einmal haben wir in der „Ameise“ geschrieben: „Man findet es für richtig, zu klettern, zu drehen, man streitet, selbst über Sachen, die sonnenklar sind, man kann und will sich nicht mehr einigen. Irgendein Häfchen muß herhalten, um Meinungsverschiedenheiten zu konstruieren, um einen Streit vom Baune zu brechen. Und dann geht es zu einem „Unparteiischen“. Wenn diesem der nötige Nebel vorgemacht wird, kommt gewöhnlich irgendein Monstrum von einem Spruch mit der dazu notwendigen „Begründung“ heraus.“ Wenn wir damals, als wir dieses schrieben, glaubten, daß Kritik auch fruchtbar wirken kann, so haben wir uns getäuscht. Es ist mittlerweile noch schlimmer geworden.

In einem Betriebe in Norddeutschland, von dem man eigentlich seiner ganzen Struktur und Konstellation und auch den Aufgaben nach, die er zu erfüllen hat, annehmen müßte, daß er es ablehnt, sich unfruchtbares Tun, solche weder dem Staat noch der Wirtschaft dienlichen Dinge mitzumachen (es handelt sich hier um die Staatliche Porzellanmanufaktur in Berlin, deren Direktor ein Herr Dr. Mousfang ist), tot ein solcher an den Haaren herbeigezogener Streitfall seit Anfang November 1924.

Der Sachverhalt sei hier kurz dargestellt: Seit April 1920 erhielten die in der staatlichen Manufaktur beschäftigten sonstigen Arbeiter, die im Zeitlohn arbeiten, die für Berlin maßgebende Akkordbasis als Grundlohn. Die Regelung war durch mündliche Vereinbarung zustande gekommen. Dieser Grundlohn war viele Jahre anerkannt und wurde auch geübt. Einwandfrei und lückenlos läßt sich aus Lohnlisten, Lohnbüchern und aus allen Lohnaufstellungen feststellen: die Akkordbasis ist der Grundlohn für einen im Zeitlohn stehenden sonstigen Arbeiter. In einem Bericht des ehemaligen Direktors, Herrn Geheimrat Gohlke, an das Preussische Handelsministerium, dem die Manufaktur unterstellt ist, heißt es wörtlich: „Die Akkordbasis ist zugleich Zeitlohn.“

Zm November 1924 weigerte sich die Leitung der Manufaktur, diesen Grundlohn weiter anzuerkennen, und im März 1925 wurde sogar die Zahlung der in Frage kommenden Beträge verweigert. Ab November 1924 ist nun dieser Streitfall bei den Tarifschiedsinstanzen anhängig, und nun kann sich ein gewöhnlicher Sterblicher einmal den Gang der Dinge (man muß an sich halten, um nicht eine treffendere Bezeichnung zu gebrauchen) bei unseren Schiedsinstanzen ansehen.

Der Lauf der Dinge vor dem Gauschiedsamt Nord-Ostdeutschland und dem Oberschiedsamt.

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Wiesel.

Antrag der Arbeitnehmer: Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin ist durch Schiedspruch zu verpflichten, die Löhne der Zeitlöhner auch für die Zeit nach dem 20. November 1924 auf einen Grundlohn, der um 25 Proz. über dem tariflichen Mindestlohn der Arbeiter über 24 Jahre steht, aufzubauen und für die zurückliegende Zeit entsprechend: Nachzahlung zu leisten.

Schluss: Die Verhandlung wird vertagt. Der nächste wird aufgegeben, den in den mündlichen Verhandlungen erhobenen Bericht der Direktion an das Preussische Ministerium des Innern dem Gauschiedsamt vorzulegen.

Dem Antragsteller wird aufgegeben, in Verbindung mit der Gegenpartei (Organisationsvertreter) zahlenmäßige Unterlagen über seit Tarifbeginn an die Zeitlöhner gezahlte Löhne (evtl. Grundlöhne) auch in Vergleich mit den jeweiligen Tariflöhnen dem Gauschiedsamt vorzulegen. Das Material ist so zu klären, daß die Höhe des Grundlohnes und evtl. Leistungszulagen und Prämien erkennbar ist. Die Direktion soll das Unterlagematerial zugänglich machen.

Berlin, den 28. August 1925.

Der Bericht an das Ministerium wurde beigebracht; in ihm wird behauptet, daß die Akkordbasis zugleich Zeitlohn ist. Die verlangten Aufstellungen wurden ebenfalls beigebracht, ihre Richtigkeit von der Betriebsleitung anerkannt.

Am 6. November 1925 fand der zweite Termin vor dem Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland, wiederum unter Vorsitz des Herrn Dr. Wiesel, statt. An diesem Tag wurde nach Prüfung der vorliegenden verlangten Unterlagen folgendes Ergebnis erzielt:

Schiedspruch: Dem Antrag wird insoweit stattgegeben, als in allen Fällen der Zeitlohn zugleich Akkordbasis sein muß, wie in dem Schreiben der Betriebsleitung vom 30. Mai 1923 an das Preussische Handelsministerium zum Ausdruck gebracht ist.

Zu der Frage, ob und inwieweit eine Nachzahlung zu leisten ist, kann das Gauschiedsamt mangels entsprechender Unterlagen keine Stellung nehmen. Infolgedessen wird beschlossen, die Entscheidung hierüber zu vertagen, bis alle hierfür notwendigen Unterlagen beigebracht sind, was dem Antragsteller aufgegeben wird.

Begründung: Aus der dem Gauschiedsamt vorliegenden Zusammenstellung über die gezahlten Löhne ergibt sich, daß die Akkordbasis im allgemeinen zugleich Grundlohn war, woran festzuhalten war.

Wegen dieses Spruchs legte die Direktion der Staatlichen Porzellanmanufaktur Einspruch beim Oberschiedsamt ein.

Das Oberschiedsamt hat in seiner Sitzung am 8.-11. Dezember 1925 in Leipzig folgenden Beschluß gefaßt:

Beschluß: Unter Aufhebung des Spruchs des Gauschiedsamts vom 7. November 1925 wird die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückgewiesen.

Begründung: Ein Rechtsanspruch, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur verpflichtet ist, die Akkordbasis als Zeitlohngrundlage zu zahlen, kann beruhen auf Wohnheitsrecht oder auf Vereinbarung (mündlich oder schriftlich).

Für die Annahme der Bildung eines Wohnheitsrechts fehlt es an den erforderlichen Unterlagen.

Ob eine Vereinbarung vorliegt, ist bestritten. Der Inhalt und Umfang des Anspruchs folgt aus dem Inhalt des Ver-

Oeffentliche Danksagung.

Aus Anlaß meiner 30 jährigen Dienstzeit als Verbandsvorsitzender sind mir zum 30. Mai so zahlreiche Glückwünsche zuegegangen und andere liebenswürdige Beweise freundschaftlicher Genugung und Anerkennung gegeben worden, daß es mir unmöglich ist, für die einzelnen Befundungen des Wohlwollens schriftlich zu danken. Ich kann das nur allgemein öffentlich tun und sage hiermit allen, die meiner freundlich gedachten und mich ermunterten, tiefgefühltesten, allerherzlichsten Dank

Georg Wollmann.

trages und ist von dem Gauschiedsamt auf Grund Beweisaufnahme Vernehmung der Zeugen, und zwar, soweit rechtlich zulässig, eibliche Vernehmung) festzustellen. Auf dieser Unterlage ist eine neue Sachentscheidung zunächst von der ersten Instanz zu treffen.

Daraufhin beschloß das Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland unter Vorsitz von Dr. Wiesel:

1. Geheimrat Erich Gohlke, Charlottenburg, Englischestr. 20.
2. Direktor Dr. Max Schneider, Sell (Magern).
3. Herr August Schulz, Berlin NW., Grefelbergstr. 6.
4. Herr Adolf Stuhmann, Reinickendorf-West, Eichbornstraße 40.

über die Fragen:

1. Ist es Tatsache, daß Herr Geheimrat Gohlke im Jahre 1922 zum Arbeiterratsvorsitzenden August Schulz anlässlich einer Besprechung über die Lohnregelung der in der Staatsmanufaktur beschäftigten Zeitlöhner hingewiesen hat:

„Ich bezahle die Akkordbasis als Grundlohn für die über 24 Jahre alten Zeitlöhner weiter, weil ich als Jurist mir eine Niederlage vor den tariflichen Schiedsinstanzen nicht holen will.“

2. Ist es Tatsache, daß bei Verhandlungen über Leistungszulagen nur über die evtl. über dem Grundlohn in Höhe der Akkordbasis liegenden Lohnanteile verhandelt worden ist?

3. Ist es Tatsache, daß Herr Direktor Schneider bei seinem Amtsantritt und auch fernerhin dem Arbeiterrat erklärte, daß er niemals daran denke, an der Akkordbasis als Grundlohn auch für die Zeitlöhner zu rütteln?

4. Ist es Tatsache, daß bei Neuabschluss eines Lohnabkommens jeweils erneut über die Höhe des Lohnes auch für Zeitlöhner verhandelt worden ist, und daß bei diesen Verhandlungen immer von der Akkordbasis als Grundlohn auch für die Zeitlöhner ausgegangen ist?

5. Ist es Tatsache, daß bereits Herr Geheimrat Gohlke mehrfach darauf hingewiesen hat, daß ein genereller Anspruch auf Akkordbasis als Zeitlohngrundlage für die über 24 jährigen Zeitlöhner nicht in Frage kommt?

6. Hat der Zeuge jemals die Zusicherung gegeben, daß ein für allemal die Akkordbasis als Zeitlohngrundlage gelten soll oder ist ihm bekannt, daß irgendeiner der Leiter der Manufaktur eine derartige Zusage gemacht hat?

Für die Zeugen 1, 3 und 4 ist das Amtsgericht Berlin-Mitte als zuständig vereinbart. Für den Zeugen zu 2 ist das Amtsgericht Sell zuständig.

Berlin, den 15. Januar 1926.

Die Zeugenvernehmung fand statt. Dr. Schneider sagte nichts aus, die anderen gaben in der Hauptfrage folgendes an: Herr Rat Gohlke sagte u. a. aus: Was die Frage zu 1 anlangt, so ist es möglich, daß ich dem Schulz gegenüber bei einer Erörterung über das in der Manufaktur geübte Verfahren, den Zeitlöhnern die Akkordbasis als Zeitlohn zu geben, gesagt habe, daß ich nicht an sich den allgemeinen tariflichen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterratsvereinigungen widersprechende Regelungen bestehen ließe, weil ich es nicht für aussichtsvoll hielt, dagegen vor dem Schiedsgericht anzugehen, weil in den periodisch erfolgenden tariflichen Vereinbarungen regelmäßig die Bestimmung vorkam, daß die Zeitlöhner die Bestimmung der Bestehenden durch die allgemeine Vereinbarung nicht abgeändert sein sollten.

August Schulz gab u. a. an: Bei Verhandlungen über Löhne erklärte der Zeuge Gohlke im Jahre 1922, daß er nur denjenigen Arbeitern die Akkordbasis zahlen wolle, die bereits im Besitz derselben wären. Auf Verhandlungen der Arbeiterratsvereinigungen, daß sie sich damit nicht einverstanden erklärten und die Schiedsinstanzen der Verbände anrufen müßten, erklärte der Zeuge Gohlke etwa: „Ich bin bereit, auch den anderen die Akkordbasis zu bezahlen, weil ich mir eine Niederlage vor den Schiedsinstanzen nicht holen will.“

Zu 2: Herr Direktor Schneider erklärte mir auf Befragen, ob er in irgendeiner Weise die Löhne in der Manufaktur abzubauen gedente: „Ich denke gar nicht daran, ich bin sogar bereit, höhere Löhne zu bezahlen.“ Tatsächlich sind auch Zulagen in Form von Prämien gewährt worden.

Adolf Stuhmann befandete u. a.: Ich war vom Herbst 1920 bis etwa Frühjahr 1924 Arbeiterratsvorsitzender in der

Staatlichen Porzellanmanufaktur. Es fanden zu dieser Zeit häufig Lohnbesprechungen zwischen der Betriebsleitung der Betriebsvertreter statt. Die Verhandlungen wurden von der Manufaktur von Geh. Rat Gohlke, von der Seite durch mich bzw. Schulz geführt. Ich erinnere mich vor einigen Jahren, ich kann mich des genauen Jahres nicht mehr entsinnen, bei einer Besprechung über die Lohnregelung an der außer mir Geh. Rat Gohlke und Schulz teilnahm. Geh. Rat Gohlke wörtlich die in der Beweisfrage zu führende Neuhering Herr Schulz gegenüber getan hat, verhandelten über die Lohnregelung der neuinstellenden, 24 Jahre alten Zeitlöhner. Geh. Rat Gohlke weigerte sich zunächst, diesen Arbeitern die Akkordbasis als Grundlohn billigen. Wir berieten uns dem gegenüber auf den dem gegenstehenden Reichstafel der feineramantischen Industrie. Geh. Rat Gohlke gab dann unserem Standpunkt nach. Der Schluss war seine im Beweisthema zu 1 getane Zusage.

Zu 2: Die Akkordbasis war bei unseren Verhandlungen stets die selbstverständliche Grundlage, von der aus die Lohnregelung vorgenommen wurde. Ich kann daher die Frage 2 vollinhaltlich bejahen.

Zu 3: Darüber, daß von Seiten der Manufaktur oder Direktor Schneider an der Akkordbasis als Grundlohn für die Zeitlöhner gerüttelt werden sollte, ist von Schneider in direkten Worten uns gegenüber nichts geäußert worden. Dieser Punkt hat niemals einen Streitgegenstand bei Lohnverhandlungen gebildet und wurde auch von Schneider selbstverständlich stillschweigend vorausgesetzt.

Zu 4: Über die Akkordbasis ist zur damaligen Zeit überhaupt nicht verhandelt worden, auch eine ausdrückliche Zusage ist von der Direktion nicht gegeben worden, weil wohlheitmäßig bisher die Akkordbasis als Grundlohn für die Lohnverhandlungen gegolten hat.

Sitzung des Gauschiedsamtes Nord- und Ostdeutschland am 30. März 1926. Vorsitzender Dr. Wiesel.

Schiedspruch: Der Antrag wird abgelehnt.

Begründung: Das Gauschiedsamt ist zu der Überzeugung gekommen, daß aus den Zeugenaussagen insbesondere durch die wenig positive Aussagen und auch wegen des gänzlichen Fehlens einer verwertbaren Aussage des Zeugen Schneider eine mündliche Vereinbarung darüber, daß der Lohnbemessung der Zeitlöhner die Akkordbasis als Grundlohn zu gelten habe, nicht angenommen werden kann.

Die Frage des Wohnheitsrechts ist in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten bisher praktisch nicht klar. Sie ist auch von dem nicht lückenlosen Ergebnis über die Zahlung eines mit der Akkordbasis bedingten Grundlohnes ohne Bedeutung für die Entscheidung. Aus beiden Gründen fehlt die Grundlage für die Anwendung der Protokollnotiz zu § 58 ArbZG. Ich habe bei Fehlen einer betrieblichen Lohnvereinbarung allgemeine Lohnschiedsregeln durchzuführen und richtig angewandt, wenn die Effektivverdienste den Erfordernissen Lohnschiedspruches entsprechen.

Wegen dieses Schiedspruchs hat die Belegschaft der Manufaktur Einspruch beim Oberschiedsamt eingelegt.

Man vergleiche nun die Urteile ein und desselben Schiedsamtes vom 6. 11. 25 und vom 30. 3. 26. Das erste Urteil das zweite Urteil nach der eiblichen Zeugenvernehmung, und dieselbe Instanz fällt in derselben Sache zwei sich widersprechende Urteile. Fürwahr ein unhaltbarer Zustand! Sogar die nicht gemachte Aussage des Zeugen Schneider, der von Arbeitgeberseite als Zeuge verlangt war, wird zu unseren Ungunsten verwertet. O heilige Justitia, höher geh'nimmer!

Nun geht das Spiel weiter. Vielleicht verweist das Oberschiedsamt die Sache noch einmal an die erste Instanz zum Vergleich der einzelnen Arbeiter Hunderte Mark an Wert zu stehen.

Um die Frage überhaupt zur Entscheidung zu bringen brauchen die Instanzen zwei Jahre. Es ist mehr lächerlich und auch ein Stück der jetzt modernen Komödien.

Von der Keramikindustrie.

Porzellanfabrik Beh, Scherger & Co., A.-G. Mehan. der Belegschaft ergibt sich für 1925 nach Vornahme von 114 (i. V. 1000) Mt. Abschreibungen ein Verlust von 59 293 (Reingewinn 82 157 Mt.), der sich durch den Gewinnvortrag aus 1924 auf 20 136 Mt. ermäßigt. Dieser Verlustsaldo wurde vorgetragen (i. V. 2 Proz. Dividende).

Die Gesamteinnahmen betragen 0,48 (0,63) Mill. Mt., Unkosten 0,37 (0,44) Mill. Mt. Aus den Vereinigten Staaten dem Hauptabnehmer, bleiben laut Bericht die Aufträge fast vollständig aus; die Aufträge aus anderen Absatzgebieten, die die der Betrieb fast bis Ende des Jahres in Mehan und Gollausen konnte, liegen nur ganz wenig Nutzen. Trotzdem ist das Ergebnis ein mäßig zufriedenstellendes gewesen, wenn man den Betrieb in Elster auch im letzten Jahr einen ganz erheblichen Verlust gebracht hätte, welcher durch den Gewinn Mutterwertes nicht voll ausgeglichen werden konnte. In Wilan stehen 166 920 (209 885) Mt. Kreditoren, 291 231 (792) Mt. Bank und Hypotheken und 29 846 (0) Mt. Akzepten. Aufstellungen gingen von 42 696 auf 16 838 Mt. zurück. Unbekannt betragen stüffige Mittel 21 141 Mt. (22 626 Mt.), Dividenden 249 770 (256 392) Mt., Vorräte 765 950 (697 014) Mt. Anlagen fast unbeeinträchtigt 1,35 Mill. Mt. Ueber die Auslastung könne nichts gesagt werden. — Aus dem Bericht geht hervor, daß es der Aktiengesellschaft nicht gelungen ist, in zwei Jahren einen hinzugekommenen Betrieb umzustellen und gewinnbringend einzuberleiben. Dazu ist eine längere Zeit notwendig.

Aus unserem Beruf.

Waldenburg. Am Sonnabend, den 5. Juni beging Kollege Hugo Grehl bei der Firma Porzellanmanufaktur C. Krüger A. G. in Waldenburg sein 60 jähriges Amtsjubiläum. Am 25. Januar 1851 geboren, steht der Kollege Grehl heute 76. Lebensjahre. Er hat von dieser hohen Zahl von Lebensjahren allein 60 Jahre in den Diensten der Firma Krüger verbracht. Der Kollege Grehl ist einer derjenigen tüchtigen Kämpfer, die unserer Organisation seit ihrem Bestehen Treue bewahrt haben und vorher schon im Deutschen Maler-Verband organisiert waren. Die Jahrestelle bringt ihn Veteran der Arbeit an dieser Stelle ihre herzlichsten Glückwünsche dar. Möge es unsern Kollegen Grehl vergönnt sein, noch viele Jahre in unserer Mitte zu weilen.

Der Jugend ein leuchtendes Vorbild bilden wir mit Grehl auf unsern Kollegen Grehl, der es nie verabsäumt hat, für die Organisation einzutreten und der Organisation in ihren Kämpfen beizustehen.

Die Verwaltung der Bahnhalle Waldenburg und Umgegend.

Sell. Bei der Abstimmung über den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband wurden 561 Stimmen abgegeben, 547 gaben Zettel ab, 13 stimmten mit Nein, ein Zettel unangültig.

Ziesendorf. Wenn diese Zeilen in der „Ameise“ erscheinen ist die Abstimmung über die Verschmelzung mit dem BVB den meisten unserer Bahnhallen schon vorüber, es soll so werden und kann auch nicht meine Absicht sein, irgendwie eine Beeinflussung nach einer der beiden Richtungen in Frage. Abstimmung versuchen zu wollen, deren Resultat mir un-

Zur Jahresabrechnung 1925

mögen folgende Ausführungen als Erläuterungen dienen:
Die Einnahme an Beiträgen betrug im Jahre 1925 1049007,82 M., die durchschnittliche Mitgliederzahl 40948. Das ergibt für das Berichtsjahr einen Durchschnittsbeitrag von 21,- M. pro Jahr oder 40 Pf. pro Woche. Im Jahre 1924 betrug derselbe 12,51 M. pro Jahr oder 24 Pf. pro Woche. In Punkt Beitragszahlung ist somit im Berichtsjahre eine recht günstige Entwicklung zu verzeichnen. Bei Beurteilung dieser Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß in der Gesamtbeitragssumme des Jahres 1925 nur zwei, dagegen in der des Jahres 1924 vier Extrabeiträge je in Höhe eines Wochenbeitrages enthalten sind.
Nach Gauen berechnet, ergibt die Berechnung des Durchschnittsbeitrages folgendes Resultat:

| G a u e | Mitgl. zahl im Durchschn. 1925 | Gesamt einnahme an Beiträgen 1925 M. | Durchschnittsbeitrag 1925 | | | |
|-----------------|--------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|-----------|----------|-----------|
| | | | pro Jahr | pro Woch. | pro Jahr | pro Woch. |
| Bayern | 12814 | 281866,20 | 18,79 | 36 | 11,87 | 23 |
| Rheinl.-Westf. | 1620 | 43757,10 | 27,01 | 52 | 13,16 | 25 |
| Schles.-Sachsen | 10998 | 243406,38 | 22,13 | 42 | 12,98 | 25 |
| Thüringen | 18262 | 341016,62 | 18,71 | 36 | 11,31 | 22 |
| Nordd. Zahlfst. | 5893 | 173273,80 | 29,40 | 57 | 18,45 | 35 |
| Südd. Zahlfst. | 850 | 15678,32 | 18,10 | 35 | 12,51 | 24 |

Aus dieser Aufstellung ergeben sich die Mitglieder, daß Bayern, Thüringen und die süddeutschen Zahlfstellen mit dem Durchschnitts-Jahresbeitrag noch unter dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegen.
Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen:
Im Gau Bayern die Zahlfstellen Schwabwald mit 1,56 M., Tiefenreuth mit 1,88 M., Selb-Wißberg mit 2,97 M., München mit 4,20 M., Arzberg mit 5,08 M., Oberhofen mit 6,50 M., Selb mit 7,50 M. und Walderhofen mit 8,20 M.;

in Thüringen die Zahlfstellen Anna mit 23 Pf., Wallhausen mit 71 Pf., Wärsdorf mit 79 Pf., Meintzen mit 91 Pf., Unterböblich mit 1,90 M., Suhl mit 2,01 M., Gera mit 2,12 M., Meuselwitz mit 3,27 M., Rodach mit 4,03 M., Stadtilm mit 4,93 M., Plana mit 4,94 M., Rudolstadt mit 6,60 M., Maßla mit 8,98 M., Poßneck mit 8,44 M., Eisenberg mit 8,74 M., Stadtfengelsfeld mit 9,47 M., Brattendorf mit 12,61 M. und Eisenach mit 24,53 M. und von den 9 süddeutschen Zahlfstellen die Zahlfstellen St. Georgen mit 2,83 M., Karlsruhe mit 6,76 M. und Ludwigsburg mit 9,23 M.

Von dem Bezirk Rheinland-Westfalen, der im Durchschnitt mit 6,08 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegt, stehen die Zahlfstellen Schlierbach mit 67 Pf., Bonn mit 83 Pf., Försheim mit 1,59 M., Wesel mit 8,80 M., Düsseldorf mit 17,28 M., Germerheim mit 18,27 M. und Elberfeld mit 22,68 M. noch über dem Bezirks-Jahresdurchschnitt.

Von dem Gau Schlesien-Sachsen, der im Durchschnitt mit 1,13 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegt, stehen die Zahlfstellen Fraureuth mit 21 Pf., Sorau mit 4,76 M., Breslau mit 5,74 M., Dresden mit 7,79 M., Grünhain mit 14,68 M., Freital mit 20,78 M. und Rössen mit 22,89 M. noch über dem Gau-Jahresdurchschnitt.

Von den 23 norddeutschen Zahlfstellen, die im Durchschnitt mit 8,44 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegen, stehen die Zahlfstellen Althaldensleben mit 80 Pf., Neuhaldensleben mit 1,08 M., Hennigsdorf mit 1,30 M., Frankfurt a. O. mit 1,98 M., Spandau mit 2,33 M., Magdeburg mit 2,35 M., Zeven mit 3,12 M., Fürstenberg a. B. mit 4,50 M. und Berlin mit 11,07 M. noch über dem Bezirks-Jahresdurchschnitt.

Für Erwerbslosen-, Maßregelungs-, Streit- und Sterbeunterstützung, sowie Fahr- und Unzugsgelder wurde im Berichtsjahre insgesamt die Summe von 892 031,94 M. verausgabt. Davon wurde gezahlt:

Erwerbslosenunterstützung im Arbeitslosigkeitsfalle.

| Im Gau | Männliche Mitglieder | | | | Weibliche Mitglieder | | | | Zusammen | | | |
|---------------------------|----------------------|--------|--------|-----|----------------------|--------|-------|-----|----------|---------|--------|-----|
| | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. |
| Bayern | 523 | 10 217 | 7 008 | 32 | 152 | 2 541 | 820 | 77 | 675 | 12 758 | 7 889 | 09 |
| Rheinland-Westfalen | 174 | 8 935 | 2 613 | 05 | 15 | 311 | 06 | — | 189 | 4 246 | 2 670 | 95 |
| Schlesien-Sachsen | 466 | 13 125 | 11 798 | 06 | 270 | 6 834 | 2 623 | 44 | 736 | 19 059 | 14 417 | 10 |
| Thüringen | 1 028 | 37 878 | 24 938 | 23 | 707 | 12 186 | 4 786 | 59 | 2 035 | 50 064 | 29 674 | 82 |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 352 | 9 878 | 8 220 | 01 | 102 | 2 293 | 916 | 05 | 454 | 11 671 | 9 136 | 70 |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 67 | 1 228 | 803 | 03 | 43 | 821 | 199 | 94 | 109 | 1 819 | 1 092 | 97 |
| Zusammen | 3 510 | 75 761 | 55 497 | 20 | 1 288 | 24 786 | 9 863 | 89 | 4 708 | 100 547 | 64 880 | 60 |

Erwerbslosenunterstützung im Krankheitsfalle.

| Im Gau | Männliche Mitglieder | | | | Weibliche Mitglieder | | | | Zusammen | | | |
|---------------------------|----------------------|---------|---------|-----|----------------------|---------|--------|-----|----------|---------|---------|-----|
| | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. |
| Bayern | 2 006 | 40 001 | 31 994 | 31 | 1 215 | 32 098 | 11 453 | 66 | 3 221 | 72 099 | 42 847 | 97 |
| Rheinland-Westfalen | 548 | 11 429 | 9 259 | 45 | 54 | 1 087 | 412 | 27 | 602 | 12 496 | 9 671 | 72 |
| Schlesien-Sachsen | 1 641 | 86 245 | 31 233 | 26 | 1 196 | 30 288 | 10 978 | 05 | 2 837 | 66 483 | 42 211 | 31 |
| Thüringen | 3 114 | 70 811 | 50 849 | 42 | 1 831 | 47 869 | 19 383 | 30 | 4 945 | 118 180 | 70 232 | 72 |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 1 204 | 25 017 | 23 153 | 85 | 524 | 11 934 | 5 014 | 87 | 1 728 | 37 001 | 28 168 | 72 |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 163 | 3 601 | 2 932 | 32 | 86 | 2 447 | 1 009 | 30 | 249 | 6 048 | 3 941 | 62 |
| Zusammen | 8 676 | 187 104 | 148 822 | 61 | 4 906 | 125 173 | 48 251 | 45 | 13 582 | 312 277 | 197 074 | 66 |

Maßregelungsunterstützung.

| Im Gau | Männliche Mitglieder | | | | Weibliche Mitglieder | | | | Zusammen | | | |
|---------------------------|----------------------|-------|-------|-----|----------------------|------|----|-----|----------|-------|-------|-----|
| | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. |
| Bayern | 18 | 758 | 2 132 | 58 | — | — | — | — | 18 | 758 | 2 132 | 58 |
| Rheinland-Westfalen | 3 | 108 | 408 | 82 | — | — | — | — | 3 | 108 | 408 | 82 |
| Schlesien-Sachsen | 4 | 258 | 768 | — | — | — | — | — | 4 | 258 | 768 | — |
| Thüringen | 20 | 772 | 2 140 | 78 | 1 | 26 | 26 | — | 21 | 798 | 2 166 | 78 |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 4 | 78 | 227 | 16 | — | — | — | — | 4 | 78 | 227 | 16 |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 2 | 120 | 390 | — | — | — | — | — | 2 | 120 | 390 | — |
| Zusammen | 51 | 2 094 | 6 067 | 34 | 1 | 26 | 26 | — | 52 | 2 120 | 6 093 | 34 |

Streitunterstützung.

| Im Gau | Männliche Mitglieder | | | | Weibliche Mitglieder | | | | Zusammen | | | |
|---------------------------|----------------------|--------|--------|-----|----------------------|--------|--------|-----|----------|--------|---------|-----|
| | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. | Fälle | Tage | M. | Pf. |
| Bayern | 71 | 2 855 | 7 969 | 64 | 3 | 137 | 206 | 52 | 74 | 2 992 | 8 176 | 16 |
| Rheinland-Westfalen | 214 | 5 223 | 14 485 | 91 | 12 | 260 | 426 | 26 | 226 | 5 483 | 14 892 | 17 |
| Schlesien-Sachsen | 616 | 11 633 | 85 166 | 84 | 327 | 6 492 | 7 366 | 01 | 943 | 18 125 | 42 232 | 85 |
| Thüringen | 297 | 5 913 | 16 644 | 60 | 414 | 8 947 | 12 783 | 13 | 711 | 14 860 | 29 427 | 73 |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 366 | 2 297 | 5 929 | 13 | 160 | 822 | 941 | 72 | 526 | 3 119 | 6 870 | 85 |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 115 | 2 472 | 4 468 | 38 | 19 | 480 | 588 | 32 | 134 | 2 952 | 5 057 | 20 |
| Zusammen | 1 679 | 30 393 | 84 644 | 50 | 935 | 17 188 | 22 312 | 46 | 2 614 | 47 531 | 106 956 | 96 |

Sterbegeld.

| Im Gau | Männl. Mitglieder | | | Weibl. Mitglieder | | | Zusammen | | |
|---------------------------|-------------------|------|-----|-------------------|-----|-----|----------|------|-----|
| | Fälle | M. | Pf. | Fälle | M. | Pf. | Fälle | M. | Pf. |
| Bayern | 42 | 1230 | — | 7 | 120 | — | 49 | 1350 | — |
| Rheinland-Westfalen | 7 | 186 | — | — | — | — | 7 | 186 | — |
| Schlesien-Sachsen | 47 | 1536 | — | 18 | 228 | — | 65 | 1764 | — |
| Thüringen | 76 | 2343 | — | 15 | 266 | — | 91 | 2609 | — |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 84 | 1455 | — | 8 | 50 | — | 92 | 1505 | — |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 3 | 90 | — | — | — | — | 3 | 90 | — |
| Zusammen | 209 | 6840 | — | 41 | 664 | — | 250 | 7504 | — |

Fahrtgelder.

| Im Gau | Männl. Mitglieder | | | Weibl. Mitglieder | | | Zusammen | | |
|---------------------------|-------------------|------|-----|-------------------|-----|-----|----------|------|-----|
| | Fälle | M. | Pf. | Fälle | M. | Pf. | Fälle | M. | Pf. |
| Bayern | 98 | 1092 | 75 | 9 | 100 | 20 | 107 | 1192 | 95 |
| Rheinland-Westfalen | 12 | 268 | 60 | 1 | 40 | 13 | 13 | 270 | — |
| Schlesien-Sachsen | 97 | 991 | 10 | 8 | 82 | 30 | 105 | 1053 | 40 |
| Thüringen | 70 | 677 | 15 | 1 | 90 | 71 | 71 | 678 | 05 |
| Norddeutsche Zahlfstellen | 120 | 1801 | 05 | 4 | 51 | 90 | 124 | 1852 | 95 |
| Süddeutsche Zahlfstellen | 17 | 295 | 12 | 1 | 60 | 18 | 18 | 801 | 72 |
| Zusammen | 414 | 5125 | 77 | 24 | 223 | 30 | 438 | 5349 | 07 |

nach der bisherigen Diskussion in der „Ameise“ nicht mehr zweifelhaft erscheint. Veranlassung, mich hier an dieser Stelle zu äußern, ist der Artikel des Kollegen Menninger in der letzten „Ameise“, worin er Bezug nimmt auf den vor einigen Wochen angelegten Bericht über die Meinung der Verwaltung der Zahlfstelle Tiefenfurt in der Verschmelzungsfrage. Kollege Menninger macht also gennanter Verwaltung den Vorwurf der Unentschiedenheit, dieselbe wolle in ihrem schönen Eigenleben nicht aufhören, sie wolle ferner nicht mit anderen Berufsgruppen in Bahlfstellen vereinigt sein und dergl. mehr. Diese Auffassung des Kollegen Menninger über die Verwaltung der Zahlfstelle Tiefenfurt ist irrig, wir vermissen auch nicht der Ansicht, daß die Zusammenlegung der örtlichen Bahlfstellen, der in Frage kommenden Organisationen nach vollzogener Verschmelzung unbedingt zur Vereinfachung der geschäftlichen Angelegenheiten führen muß, nur in der Frage des Zusammenlegens der Bahlfstelle Tiefenfurt mit der neu zu gründenden Bezirkszahlfstelle Kauscha vermag ich trotz der Ausführungen des Kollegen Menninger eine Vereinfachung in der Geschäftsführung nicht erkennen, die örtlichen Angelegenheiten müssen nach wie vor von den Kollegen am Orte selbst erledigt werden, und ein Brief nach Hannover kostet nicht mehr als ein Brief nach Kauscha. Ferner macht sich bei vorkommenden Differenzen das Hinanziehen eines sachkundigen Vertreters unserer bisherigen Organisation nach wie vor erforderlich.

Kollege Menninger meint ferner, wenn es um das Gesamtwohl im großen und ganzen gehe, könne vor einer Bahlfstelle die Tiefenfurt nicht halt gemacht werden, aber bedeutet es dann wirklich eine Gefährdung des Gesamtwohls und der Verschmelzung überhaupt, wenn man den Wunsch von 500 Mitgliedern einer Organisation berücksichtigt, zumal der § 21 des Statuts des FVJ in seinem Schlußsatz besagt: Abweichungen sind unter Zustimmung des Hauptvorstandes zulässig! Also warum trotz des letzten Satzes so wenig Gegenkommen. Kollege Menninger meint ferner, diese geplante Gliederung drängt ja nicht für immer zu gelten, sie könne gegebenenfalls wieder geändert werden, wenn sich dies notwendig machen sollte, warum also dann erst dieses Experiment, wenn die Möglichkeit besteht, daß man evtl. wieder zum alten zurückgreifen muß. Das Gesamtwohl der neuen Organisation dürfte, wenn dem Wunsche der gesamten Tiefenfurter Kollegenschaft in der Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Bahlfstelle stattgegeben wird, tatsächlich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, ich würde sagen zu können: die Kollegen von Tiefenfurt und vielleicht auch anderweitig werden sich in ihrer neuen Organisation, in ihrem neuen Heim am schnellsten heimisch fühlen, wenn man sich nicht bei den zuständigen Stellen, soweit die Organisation darunter nicht leidet, an den Buchstaben und Paragraphen klammert. Es ist zu vermeiden, daß eine gewisse Verärgerung der Kollegenschaft Platz greift, denn in der neuen Organisation werden alle Kräfte, vielleicht noch mehr wie bisher, notwendig sein, um dieselbe so auszubauen, wie es für das Gesamtwohl der Kollegenschaft erforderlich ist. Daß der Ausbau noch abänderungsbedürftig und nicht in allen Teilen einwandfrei ist, wird ja auch vom Kollegen Menninger zugestanden und muß auch im Interesse des Ganzen vorläufig mit in Kauf genommen werden.
Bruno Dienert, Tiefenfurt.

Amerkung des Redakteurs. Kollege Dienert! Nicht aus meinen Ausführungen herauslesen, was nicht darin enthalten ist. Ich habe gar keinen Vorwurf erhoben, sondern allgemein an dem Beispiel Tiefenfurt nachgewiesen, daß Abneigungen und örtliche Bedenken nicht als Anlaß genommen werden dürfen, ihren Meinungsäußerungen abzugeben. Bei Entscheidungen über das Weiter- oder Nichtweiterbestehen unserer Verbände dürfen in keiner Weise nicht berücksichtigte örtliche Wünsche als ausschlaggebend vor das Wohl der Gesamtmittelschaft gestellt werden. Das ist von der Tiefenfurter Verwaltung unbeachtet gelassen worden. Sie hat hauptsächlich örtliche Bedenken wegen ihren Mitgliedern die Ablehnung des Anschlusses an den FVJ empfohlen und so das Ortswohl vor das Gesamtwohl gestellt. Nach meinem Dafürhalten war das eine falsche Stellungnahme, die auch durch die Darlegungen des Kollegen Dienert nicht richtig wird. Im Interesse des Ganzen hätte eben die Tiefenfurter Kollegenschaft das angeblich Richtige in Kauf nehmen und für das vom Vorstand und Beirat vertretene Richtige sich einsetzen sollen.

Waldburg. In der Nr. 19 der „Ameise“ vom 8. Mai ist unter der Rubrik von der Porzellanindustrie auch einiges zu lesen über die Lage in Schlesien. Es heißt dort wörtlich: „Die Breslauer Neuesten Nachrichten“ haben über die Lage der schlesischen Porzellanindustrie eigene Informationen eingeholt.“ Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ müssen also von den Firmen sich über deren Geschäftslage genau informiert haben und bringt der Artikel so mancherlei zutage, was früher aus Arbeitgebermunde bestritten wurde. Nur in einem Punkte heulen die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ mit den Arbeitgebern gemeinsam, indem sie hervorheben, das Arbeitsmaterial in thüringischen und süddeutschen Konkurrenzbetrieben sei wesentlich leistungsfähiger. Die Redaktion der „Ameise“ hat schon betont, daß man die schlesische Porzellanarbeiterschaft doch nicht als minder leistungsfähig hinstellen solle.

Die am 21. Mai in Waldburg-Altwasser tagende Funktärkonferenz der hiesigen Zahlfstelle wendet sich ganz entschieden gegen eine derartige Schreibweise der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, insbesondere aber erklären die versammelten Funktäre den hiesigen Arbeitgebern, daß sie es sich endlich abgewöhnen müssen, bei ihrer miserablen Entlohnung noch ihre Arbeitererschaft als faul zu bezeichnen. Die Arbeitgeber übersehen dabei, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft, der früher in Schlesien tätig war, sich jetzt in anderen, insbesondere Thüringer und süddeutschen Werken befindet, dort hervorragendes leistet und ja vor Jahresfrist ein großes Unternehmen Wert darauf legte, mit einem Schläge hundert einarbeitete Porzellanarbeiterinnen von Schlesien zu erhalten, aber nicht, weil sie minder leistungsfähig seien, sondern man glaubte, den bescheidenen Arbeiterinnen noch schlechtere Löhne wie in Schlesien anbieten zu können. Die Leistungsfähigkeit hat man schon zu schätzen gewußt.

Weiter ist aber sehr interessant, wenn gesagt wird, obwohl laut Tarifvertrag den schlesischen feinkeramischen Fabriken eine geringe Lockerleistung für Frauen zugelassen wurde, daß diese Differenzierung für die Gesamtlohnbelastung unwesentlich ist. Woher haben denn die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ dieses Wissen? Die Arbeitgeber haben ja direkt die Fortführung ihrer Betriebe in Frage gestellt, wenn den Frauen nicht der Lohn um 10 bis 12 Proz. reduziert werden könnte. Wenn die Reduzierung bei den Frauenlöhnen nur unwesentlich ist, dann haben die Arbeitgeber die Verpflichtung, den Frauen sofort die alten Löhne weiter zu bezahlen; denn es ist ja weiter in dem Artikel gesagt, daß nur eine Senkung der Rohstoffpreise für Rohpat, Kaolin, Kohle usw. die Möglichkeit bietet, die Lage zu bessern.

Vor allen Dingen aber erblicken die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ — und mit ihnen doch auch die Arbeitgeber, denn sie haben ja diese Aus- nüt gegeben — eine Besserung der Lage darin, daß die allgemeine Kaufkraft gehoben wird. Deshalb werden die versammelten Funktäre: Gebt euren genau so leistungsfähigen Arbeitern wie in Thüringen und Süddeutschland denselben Lohn! Unwesentliche Reduzierungen haben wir nicht genug.

Vor allen Dingen aber wollen wir dieses offene Zugeständnis, was man den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ gemacht hat, uns für die Zukunft merken, wenn wieder einmal die Frage der Betriebsstillegung wegen zu hoher Frauenlöhne oder Tariflöhne in den Vordergrund rückt.

Daß zur Hebung der allgemeinen Kaufkraft auch eine Hebung der Löhne notwendig ist, dürfte vielleicht auch bei der Geltung des Arbeitgeberverbandes für Schlesien bekannt sein.

Table with columns: Gau, Männl. Mitglieder, Weibl. Mitglieder, Zusammen. Rows include Bayern, Rheinland-Westfalen, Schlesien-Sachsen, Thüringen, Norddeutsche Reichsteile, Süddeutsche Reichsteile.

Der prozentuale Anteil der Gauen an der Gesamtmitgliederszahl, den Beiträgen und ausgezahlten Unterstützungen ist folgender:

Table with columns: Gau, Durchschnittliche Mitgliederzahl, Beiträge, Unterstützung. Rows include Bayern, Rheinland-Westfalen, Schlesien-Sachsen, Thüringen, Norddeutsche Reichsteile, Süddeutsche Reichsteile, Summa.

Die Kosten für die Gauenleitungen betragen im Berichtsjahre im Gau

- Schlesien-Sachsen 8 227,66 M. = 0,75 M. pro Kopf
Bayern 10 818,27 " = 0,84 " "
Thüringen 19 508,07 " = 1,07 " " "

Die Verwaltungskosten

betragen im Berichtsjahre 275 864,10 M. = 25,77% der Einnahmen an Eintrittsgeldern, Verbands- und Lokalbeiträgen.

- Darvon entfallen auf die Verbandskasse 118 014,78 M. = 10,56%
Lokalasse 162 849,32 " = 15,21%

Table showing costs for personal and material items, including Verbandskasse and Lokalasse with percentages.

Die Verwaltungsstellen betragen pro Kopf im Jahre

Table with columns: 1913, 1924, 1925. Rows for Verbandsstelle and Lokalasse.

Der prozentuale Anteil der Verwaltungskosten zu der Gesamteinnahme an Eintrittsgeldern, Verbands- und Lokalbeiträgen ist folgender:

Table with columns: 1913, 1924, 1925. Rows for Verwaltungskosten and Gesamtbeiträge.

Aus der Abrechnung über das Jahr 1925 ersehen die Mitglieder daß die finanziellen Verhältnisse unserer Organisation nicht schlechter sind, als die aller anderen Organisationen. Die finanzielle Grundlage unserer Organisation kann als eine gesunde bezeichnet werden...

Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Am 21. August dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß in Venedig an der Grundstein zum internationalen Zusammen-schluß der gewerkschaftlichen Landeszentralen und damit zum internationalen Gewerkschaftsbund gelegt wurde.

Dem eigentlichen Erinnerungstage soll eine Propagandawoche vorausgehen, in der unter der Parole „Sine in in Achtstundentag!“ eine großartige Agitation für den Achtstundentag eine großartige Agitation für den Eintritt in die Gewerkschaften geführt wird.

Da der Monat August für die in Aussicht genommene Propaganda nicht geeignet ist, wurde beschlossen, die Vierteljahrhundertfeier nicht am 21. August, sondern wie den Antikriegstag 1924 am dritten Sonntag im September zu begehen.

Am den internationalen Charakter der Vierteljahrhundertfeier ganz besonders zu betonen, soll die Heranziehung ausländischer Redner in Aussicht genommen werden; diese haben die Möglichkeit, nicht nur bei der eigentlichen Feier zu den Arbeitern zu sprechen, sondern auch während der Propagandawoche mitzuwirken.

Gewerkschaftliches.

Während der Ringreisetage veranstaltete der Zentralverband der Angestellten in vielen Teilen des Reiches Gauausstellungen. Zu vielen Tausenden waren die jungen Menschen anwesend, um die Freundschaftsbände entgegenzunehmen. Im Vordergrund der Veranstaltungen standen berufliche und sportliche Wettbewerbe.

Weltwanderungstongress des IGB und A.S. Der in Folge des Generalstreikes in England vertagte Welt-Wanderungstongress des IGB und der A.S. wird nun endgültig am 2. Juni im Holborn Restaurant in London zusammenkommen.

Vergarbeiter. Die Generalversammlung des Vergarbeiterverbandes findet in der Zeit vom 4. bis 9. Juli in Saarbrücken statt. Am 4. Juli ist eine Kundgebung der Saar-Delegierten, wobei die Vergarbeitervertreter aus England, Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, aus Österreich, vielleicht auch aus Amerika sprechen werden.

heimern einen Vortrag hören über Grundrechte und Grundpflichten aus Tarifverträgen, ferner solche über den Bergarbeiter-schutz, über Erwerbslosenversicherung und Arbeitsnachweise.

Gäste und Pressevertreter werden um baldige Anmeldung bei dem Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Straße 42, gebeten.

Wirtschaftliches.

Nationalisierung ohne Preisentzug ist Konsumentenmord. Der bekannte Professor Bonn hat in der Gesellschaft für Organisation über „Nationelles Nationalisieren“ gesprochen. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Eine Nationalisierung, die auf Einsparung von Kostenelementen, die gleichzeitig Einkommensbestandteile sind, muß sich als „Konsumentenmord, als Verwüstung der Inlandskaufkraft“ äußern und führt sich damit selbst ab absurdum.

50 Proz. Dividende! Ja, auch das gibt es noch heute. Es ist die Aktiengesellschaft und Import-Bank-Compagnie in Hamburg, die ihren Aktionären eine derart fette Rente bieten kann.

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb. Telephone Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17. Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. - Allerhöchste Preise. - Sofortige Kasse. - Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/24)

Lüchtiger, erfahrener Schleifer der Geschirrbrennerei, an flotter, lauberes Arbeiten gewöhnt, kann ungesch. Leute anlernen, ist firm im Lager und Sortiererei, sucht sofort Stellung. Zeugnisse auf Wunsch. Angebote unter „S. 76“ an „Die Ameise“ erbeten.

Literarisches.

„Jugend-Führer.“ Mitteilungen für die Leiter der Jugend-Abteilungen in den Gewerkschaften. Nummer 5, Mai 1925. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. - Die Mai-Nummer des „Jugend-Führers“ beschäftigt sich mit dem Schicksal der Eltern aus der Schule lassen, die infolge der Wirtschaftskrise keine Lehr- oder bezahlte Stelle finden können.

Die Bähmung des Menschen. So nennt der bekannte Kämpfer der freigeistigen Bewegung, Prof. Hartwig, seinen Aufsatz im Maiheft der „Urania“. Urania Verlag, G. m. b. H., Jena. Besonders interessiert ein programmatischer Aufsatz über „Soziale Studienreisen“ von Herbert Krüger. Die meisten anderen Beiträge sind naturwissenschaftlichen Inhalts und zum Teil mit hervorragenden photographischen Aufnahmen ausgestattet.

Politische oder soziale Demokratie. - Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. - Von Max Adler - Umfang 160 Seiten. - Preis kart. 2,50 M., Leinen 3,50 M. - C. Landberg Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Dazu ist der Verlag: Mit diesem neuen Werk Max Adlers, das sich in der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe „Neue Weltanschauung“, wird die politische und sozialpädagogische Literatur in der Zeit in wertvollster Weise bereichert.

Die Gemeinde. Das sechste erscheinende Heft Nr. 10 der „Gemeinde“ bringt wieder eine Reihe wichtiger Aufsätze aus dem Gebiete der Kommunalpolitik. Daneben enthält sie noch eine große Zahl kommunalpolitischer Nachrichten aus Ländern und Gemeinden. Die „Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden über alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 8, Lindenstr. 3.

Das neue Reichsbanner-Liederbuch. Ein schmuckes, achtzig Seiten starkes Bändchen, in den Farben der Republik, mit alten und neuen republikanischen Liedern und Kampfliedern. Im Auftrag des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde es vom Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin herausgegeben. Lieder aus den vierziger Jahren von Herwegh, Freiligrath und Hoffmann von Fallersleben stehen neben neuem von Lessen, Brügger u. a. Aber auch schöne Volkslieder haben ihren Platz gefunden. Alle Texte sind mit Noten versehen. Das neue Reichsbanner-Liederbuch sollte bei keinem Republikaner fehlen. Preis: 80 Pf. Zu haben in jeder Buchhandlung und bei allen Reichsbannergruppen.

Warnung!

Die Reichsteilnehmer werden hiermit gewarnt, an den früheren Mitgliedern Nr. 21 224, Waldemar Kleinert, Unterstützung zu zahlen, weder aus Verbands- noch aus lokalen Mitteln. Bitte demselben das Quittungsbuch abzunehmen und an Unterzeichneten einzufügen. Kleinert scheint weniger Wert darauf zu legen, Beschäftigung zu erhalten, als darauf, den Verband und die Kollegen zu brandschlagen. Wilh. Herden.

Weiter wird gewarnt, dem ehemaligen Kollegen Jakob Ullrich, der sich stets auf seine Bekanntschaft mit dem Reichsteilnehmer Kollegen Edwin Renninger beruft, Unterstützung zu gewähren. Edwin Renninger.

Berufsaussagen.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Donnerstag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Stadt Porzellan-Manufaktur, Charlottenburg, Wegelystraße, am Bahnhof „Tiergarten“.

Quittung.

Für unseren kranken Kollegen Theodor Mey gingen noch stehende Spenden ein: Teltow, Arzberg, Schlierbach je 2 M., Martreditz, Böhmstedt je 4 M., Hennigsdorf, Tiefenfurt, Annaburg, Rodach, Walenburg, Golditz, Freiberg, Rauenstein, Magdeburg und H. Weitzdorf je 3 M., Tettau und Roklau je 2 M. Summa: 57 M.

Im Namen des Kollegen Th. Mey und der Zahlstellen-Staffel allen Gönnern herzlichsten Dank. J. A. Raehler, Kassierer.

† Sterbetafel †

Köppelsdorf. Georg Kalbath, geboren am 17. 1. 1883, ist an Herzschlag. Organisiert seit 1893. Ehre seinem Andenken!

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür. Goldscheideanstalt / Begründet 1891. kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle. Bestehtes Einkaufsgeschäft dieser Art.

Porzellan-schleifer, firm im Hohl-, Flachgeschirr- und Hand-schleifen, sucht passende Stellung. Gefällige Angebote erbeten unter „S. 76“ an „Die Ameise“.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. - Verantwortlicher Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg I, Braßerie, 2-5. - Verlag: Wilh. Herden, Charlottenburg I, Braßerie, 2-5. Druck: E. Sanisawski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.